

5-Punkte-Plan gegen den Pflegenotstand

Nicht erst seit Corona ist klar: Pflege ist die soziale Frage unserer Zeit. Hohe Belastung, geringe Löhne und fehlendes Gehör in der Politik: So sieht die Normalität in der Pflege aus. Doch die aktuelle Krise zeigt die viel zu lange ignorierten Probleme im Gesundheitssystem so deutlich, dass wir sie nicht weiter ignorieren können. Nicht erst seit der Pandemie arbeiten viele Pfleger*innen am Rande ihrer Belastungsfähigkeit. Nun sind sie auch noch der Gefahr ausgesetzt, selbst an Corona zu erkranken. Teilweise müssen sie mit unzureichender Schutzausrüstung arbeiten.

Pflegefachkräfte haben tagtäglich viele komplexe Aufgaben zu bewältigen und tragen dabei eine große Verantwortung für Menschenleben. Aktuell mangelt es jedoch an tausenden Pflegekräften. Pfleger*innen verlassen im Durchschnitt bereits nach 7,5 Jahren ihren Beruf. Viele von ihnen würden gerne in die Pflege unter besseren Arbeitsbedingungen zurückkehren. Doch der Privatisierungswahn geht auf Kosten der Pflege weiter. Das System funktioniert nur, weil Pflegekräfte mehr arbeiten, als sie müssten. Sie leisten Überstunden, arbeiten in Pausenzeiten oder springen für kranke Kolleg*innen ein. Pfleger*innen sind unterbezahlt, die Arbeitsbedingungen katastrophal - und das in einem Land, von dem immer behauptet wird, es hätte ein gutes Gesundheitssystem.

Wer in der Kranken- oder Altenpflege arbeitet, verdient Anerkennung: Durch gute Löhne, klare Personalschlüssel und bessere Arbeitsbedingungen. Applaus, einmalige Pflegeprämien und Imagekampagnen werden nichts verändern, stattdessen brauchen wir den Mut für den Systemwechsel. Um diese neue Normalität für die Pflege zu gestalten, bedarf es der Solidarität aller.

Gerechte Bezahlung, faire Arbeitszeiten und beste Arbeitsbedingungen

Die Beschäftigten in der Pflege leisten emotionale und körperliche Schwerstarbeit. Wir fordern die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Pflege braucht Zeit, um Würde, Selbstbestimmung, und qualitätsvolle Versorgung gewährleisten zu können. Wir brauchen mehr Personal pro pflegebedürftigem Menschen!

Wir wollen Fachkräfte im Beruf halten oder zurückgewinnen, um mehr Menschen davon zu überzeugen, diesen zu erlernen, müssen wir den Pflegeberuf attraktiver gestalten. Dazu braucht es ein verbindliches Arbeitszeitgesetz, eine gute Altersvorsorge und einen verpflichtenden und bedarfsgerechten Personalschlüssel.

Alle Berufe in der Pflege müssen so bezahlt werden, dass man davon leben, eine Familie versorgen und fürs Alter vorsorgen kann. Statt einmalige Pflegeprämien braucht es deshalb höhere Löhne und eine flächendeckende tarifliche Bezahlung für alle Berufe in der Pflege, die auf den bereits vorhandenen Tarifregelungen aufsetzen.

Pflegekräften eine politische Stimme geben

Obwohl Pflegerinnen und Pfleger die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen darstellen, ist ihre Interessensvertretung vergleichsweise schwach. Die Pflege muss in die Lage versetzt werden, entschiedener für ihre eigenen Belange kämpfen zu können. Wir möchten es Beschäftigten ermöglichen, selbstbewusster aufzutreten, sich zu organisieren und Verbündete für ihre Anliegen zu suchen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir erreichen, dass Pfleger*innen in den Entscheidungsgremien auf Landes- und Bundesebene stärker als bisher vertreten sind.

Gemeinwohl vor Profit

Pflege ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das bedeutet, dass Versorgungssicherheit und Qualität Vorrang haben vor gewinnorientierter Marktlogik. Wir wollen zurück zu einem System, bei dem Gesundheit und pflegerische Leistungen wieder als Wert an sich betrachtet werden und in dem Krankenhäuser nicht profitabel arbeiten müssen.

Mit der Einführung der Fallkostenpauschale wurden Krankenhäuser nach den Marktregeln ausgerichtet. Durch diese wird ein enormer Kostendruck erzeugt, welcher die Qualität nicht berücksichtigen kann. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Fallkostenpauschale.

Von der Produktion von Impfstoff bis hin zu den fehlenden FFP2-Masken zeigt sich erneut, dass die Regeln des Marktes nicht die besten sind, wenn es um die beste Gesundheit von uns allen geht. Jede Einrichtung – ob privat oder freigemeinnützig – muss Überschüsse erwirtschaften, damit sie in die Pflege investieren kann. Spekulationsgeschäfte von Investor*innen lassen sich allerdings nicht mit der menschenwürdigen Pflege und einem solidarisch finanzierten Versicherungssystem vereinbaren. Deshalb müssen wir die Rendite im Gesundheitswesen deckeln und diejenigen aus dem Markt herausdrängen, denen es nur um Profite geht. Gesundheit ist kein Spekulationsgut! Wir wollen die Besserstellung privater Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen beenden und die momentane gesetzliche Vorrangregelung für private Betreiber im § 11 SGB XI aufheben.

Mehr Wege in die Pflege

Angesichts der demografischen Entwicklung und des dramatischen Personalmangels in der Pflege ist klar: Die Einstiegsmöglichkeiten in die Pflegeprofession müssen vielfältiger werden. Neben der Ausbildung wollen wir deshalb mehr Möglichkeiten schaffen, über ein Studium in den Pflegeberuf zu kommen. Für ausgebildete Pflegekräfte brauchen wir eine Qualifizierungsoffensive. Gerade für ein gelingendes Zusammenspiel der unterschiedlichen Aufgabenbereiche im bereits bestehenden Personalmix ist es wichtig, die Fachkräfte in ihrer Professionalität zu stärken. Wir wollen, dass Pfleger*innen besser in die Arbeitsorganisation einbezogen werden und mehr Entscheidungsverantwortung für pflegerische Maßnahmen erhalten.

Die solidarische Pflegebürgerversicherung

Die Pflegeversicherung ist eine Teilleistungsversicherung. Im Pflegefall entstehen deshalb für Betroffene und Angehörige hohe finanzielle Kosten, vor allem, wenn über längere Zeit eine Vollversorgung im Pflegeheim notwendig wird. Wir fordern den Umbau der bestehenden Pflegeversicherung hin zu einer solidarischen, gesetzlichen Pflegebürgerversicherung, in die alle Berufsgruppen, auch Beamt*innen und Selbstständige, einzahlen. Nur so kann die Finanzierung auf eine solide und nachhaltige Grundlage gestellt werden.

Im aktuellen System der Pflegeversicherung führen steigende Kosten – z.B. durch bessere Tarifverträge für Pfleger*innen – automatisch zu höheren Eigenanteilen für die zu Pflegenden, vor allem in Heimen. Gesamtkosten von teilweise über 3.000 Euro monatlich überfordern diejenigen, die länger auf stationäre Pflege angewiesen sind. Wir wollen deshalb die Eigenanteile für Pflegebedürftige auf ein sozialverträgliches Maß deckeln.

Um diese Deckelung zu finanzieren, sollen sich Spitzenverdiener*innen stärker als bisher an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen. Die aktuellen Beitragsbemessungsgrenzen führen dazu, dass jemand mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 5.000 Euro genauso viel in die Kranken- und Pflegeversicherung einzahlt wie eine Person, die 20.000 Euro Bruttoeinkommen im Monat hat. Langfristig wollen wir die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausbauen.